

Stelle der Vorkriegsgeplänkel, wie sie heute üblich sind, der offene Bürgerkrieg träte, so wäre natürlich auch die sich verteidigende Republik genötigt, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen. Jeder Krieg, der Bürgerkrieg — besonders, bedeutet das Aufheben jeder Freiheit, — ob sie nahher wieder hergestellt wird, das hängt vom Kriegsausgang ab.

Unverkümmert wird hier ausgesprochen, daß im Kampf gegen den Kommunismus kein Geiz und keine „Demokratie“ mehr gelten soll. Die SPD soll außerhalb des Gesetzes gestellt werden, das ist die Linie des Zweiteschlages und der Höhe der SPD-Presse gegen die KPD.

Die Sozialfaschisten werden sich scheuen, weiter denn je wird sich die Arbeiterklasse um ihre revolutionäre Vorhut scharen und unter ihrer Führung den Kampf gegen den Weissen Terror aufnehmen.

SPD-Landgerichtsdirektor läßt Rote-Hilfe-Material beschlagnahmen

Immer offener und brutaler seien die Sozialdemokraten, daß sie dazu berufen sind, dem Faschismus die Wege zu ebnen. Sozialdemokraten sind es, und zwar in diesem Falle der „Linke“ sozialdemokratische Amtsgerichtsdirektor Welland vom Münchner Platz, der die Beschlagnahme des „Informationsmaterials der Roten Hilfe“ anordnet hat. Mit an den Saaten derbeintragenden Argument, daß der verantwortliche Leiter der Roten Hilfe, durch diese Information unserer Mitteilbarkeit der KPD die Absicht dabei gehabt hat, eine neue Front-Organisation zu schaffen. Da lassen die Säbner — und die Arbeiter, die die Zwecke und Ziele der Roten Hilfe genau kennen.

Das Verteilen der Roten Hilfe wird und muß es immer sein. Aufklärung über die reaktionären Geleise der kapitalistischen Menschheit zu schaffen. Und wir werden es weiter so halten. Das Gesicht der herrschenden Klasse und ihre Rechtsprechung dem Proletariat im proletarischen Sinne zu zeigen, ist unsere Aufgabe.

Die Sozialdemokratische Partei, Herr Welland, deren Mitglied Sie heute sind, hat unter dem Sozialfaschismus eines Bismarck genau so den Kampf geführt, als heute die revolutionäre Arbeiterklasse gegen das Zuchthausgesetz Everings, dessen Parteigenosse Sie sind. Für Teufel!

Kampfkomitee gewählt

KEG-Bekämpfung gegen Nationalisierung und Stilllegung
Berlin, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine starkbesuchte Bekämpfungsversammlung der KEG Brunnenstraße sagte nach einem Referat des roten Betriebsrates über die Massenentlassungen und die Anpreisung einer Revolution, in der die sozialfaschistischen Betriebsräte aus Schwärze teufelt werden. Die Bekämpfung billigt den Beschluß der revolutionären Vertrauensleute, einen Proteststreik während der Verhandlungen mit dem Gewerbetreibenden wegen der Entlassungen durchzuführen und gelobte, mit aller Entschiedenheit für die Forderungen der Opposition, für den Streiktag bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen. Ein Komitee zum Kampf gegen Massenentlassungen und für Lohnausgleich, das den Kampf organisiert und vorbereitet, wurde gewählt. Die Bekämpfung gelobte ferner, den Kampf gegen die Hungerregierung und die faschistische Republik unausgesetzt mit der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu führen.

Erwerbslosensturm auf eine Arbeitsamtstafel

Im Arbeitsamt in Breslau kam es am Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen den Arbeitslosen und der Polizei. Ständige Provokationen und Schikanen der leitenden Kassensammler trieben die Empörung der hungernden Arbeitslosen auf die Spitze. Auf die Aufforderung des Kassensammlers, den Kassensaal des Arbeitsamtes zu räumen, antworteten die Arbeitslosen mit dem Versuch, die Kasse zu brennen und sich selber ihr Recht zu holen. Polizei wurde alarmiert und ging brutal gegen die Arbeitslosen vor, die sich energisch zur Wehr setzten, den Beamten ihre Waffen, Gummiknüppel und Revolver, entziehen und sie zu Boden schlagen. Polizeiliche Verstärkung räumte dann das Arbeitsamt und seine Umgebung.

Leipziger Erwerbslosendemonstration vor dem Rathaus

Von SPD bis NSDAP gegen Erwerbslosenforderungen
Mit blankem Sichel gegen Hungernde — Kommunist aus dem Stadtvorordnetenkollegium geworfen
Leipzig, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Anlässlich der gestrigen Eröffnung des Leipziger Stadtparlamentes hatten die Kommunistische Partei und der Erwerbslosen-

Dresdner Landfriedensbruchprozeß:

Die Angeklagten haben das Wort!

Kühn vor dem Kriege und heute

Dresden, den 6. Januar 1936.

In unserer gestrigen Ausgabe skizzierten wir ganz kurz die Eröffnung der Verhandlung gegen die 38 ostfälischen Arbeiter. Nach Schluß unserer Redaktion trat das Gericht in die Verhandlung der Angeklagten ein. Wie ein roter Faden zog sich durch die Aussagen sämtlicher Angeklagten das

Bekenntnis zu der roten Front des Klassenbewußten Proletariats,

dessen Schutzorganisation der verbotene KKB ist und gegen dessen Verbot sie am 27. Oktober 1929 demonstrierten, wobei sie rüchellos von der von faschistischen Offizieren befehligten Polizei niedergelassen und auseinandergejagt wurden. Während die Polizei behauptet, nicht nur mündlich, sondern auch durch ein Kompositionssignal zum Auseinandergehen und damit zur Auflösung des Tages ausgefordert zu haben, bekunden sämtliche Angeklagte übereinstimmend, das erwähnte Signal sei erst nach der Auseinanderschlagung der Demonstration gegeben worden. Es sei das offensichtliche Zeichen für die bereitete Polizei zum weiteren Einschlagen mit blauer Waffe auf die noch in der Nähe befindlichen Demonstranten und Zuschauer gewesen. Rückwärtslos sei auf am Boden liegende Frauen und Kinder eingeschlagen worden. Der Sozialreformer Jhle, der vor dem 27. Oktober die „Volkszeitung“ und die „Arbeiterstimme“ besonders aufmerksam gelesen hat, erklärt, die Stellungnahme der „Arbeiterstimme“ sei richtig gewesen, während die „Volkszeitung“ durch ihre gemeine Schreibweise nur bewiesen habe, daß sie eins der betrügerischen Blätter in ganz Deutschland sei.

Auch die Aussagen der anderen Arbeiter bewegten sich in ähnlicher und zum Teil recht scharf gegen das kapitalistische Klassenregiment heilungnehmender Art. Typisches Beispiel dafür und wie das Gericht schon von vornherein durch die ganze Art der Fragestellung eine fait persönnliche Voreingenommenheit gegen die Angeklagten äußerte, ist die

Vernehmung des kriegsbeschädigten Angeklagten Bleßing.

Vorsitzender Dr. Roug: „Haben Sie den Zug mitgemacht?“

Bleßing: „Sonst läge ich ja nicht vor dem Klassenrichter!“

Vorsitzender: „Antworten Sie mir ordentlich (!) auf meine Frage!“

Bleßing (aufgeregt): „Es ist ja der reine Haß, wenn man hier das Theater spielt!“

Vorsitzender (ablenkend): „Sie gehörten dem KKB an?“

Bleßing: „Jawohl. Bis zu seiner Auflösung. Ich trug das Ehrenkleid eines Klassenbewußten Arbeiters — die Uniform des KKB!“

Vorsitzender: „Hörten Sie die Ansprache des Herrn Sandermann auf der Weigererststraße?“

Bleßing: „Jawohl. Ich konnte sie aber infolge der Unruhe nicht verstehen. Aber trotzdem: den Tag des Handbells bestimmten wir!“

Vorsitzender: „Wo sind Sie verhaftet worden?“

Bleßing: „Am Dippoldswalder Platz. Was ich da gesehen habe, spottet jeder Beschreibung. Ich habe zeitliche Kosten im Felde mitleiden gesehen. Aber das war nichts gegen diese Polizeihorte. Es war eine Schande.“

Der 55jährige Arbeiter Schräpel erklärt:

Der Polizeipräsident Kühn habe, als er noch mit ihm vor dem Kriege im engeren Bezirksvorstand der SPD gefesselt, erklärt: „Das Proletariat hat keine andere Möglichkeit, als sich sein Recht auf die Straße zu erkämpfen.“

Das war die richtige Antwort!

Als der Angeklagte Zimmer befragt wurde, warum er mit demonstriert habe, erklärt er folgendes:

„Ich betrachtete den Prozeß als Anklage gegen das herrschende System! Es mußte, da es bereits in Fäulnis übergegangen ist, zu retten, was noch zu retten ist. Ich hoffe, daß der Staatsanwalt auch zu begründen vermag, was er in der Anklage geschrieben hat.“

Bei der Abführung der inhaftierten Genossen kam es wieder zu begeisterten Zurufen. „Rot Front!“, der Bundesgruß des verbotenen KKB, ertönte und fand auch auf der Tribüne seinen Widerhall.

Bürgerliche Pressestimmen zur Emden-Neuterei

Unmenschliche Behandlung der Mannschaften indirekt zugegeben

Während Graener in seinem Dementi die revolutionäre Demonstration auf der „Emden“ als eine Bagatelle hinstellen versucht, erweist sie im Urteil der schmerzhaften Presse doch etwas anderes. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 5. Januar schreibt:

„Neutereien auf der Emden“, schrien die kommunistischen Blätter frohlockend; das Reichswehrministerium geht auf den Brand gleich mehrere Vögel: es war keine Neuterei, drei Matrosen betranken sich in Puerto Columbin, langen verhi-

dene Soldatenlieder und die „Internationale“, hielten keine rote Flagge, nur ein rotes Tischtuch usw. Wenn man das Wort „deutsche Kriegsmarine“ oder „Matrosen“ hört, bekommt man im Unterbewußtsein einen Stich; man denkt der Zeit, da die Matrosen ihre Führer ermordeten und den letzten Widerstand der Heimat brechen, durch Deutschland zogen; ... Sicher, Technik und Tapferkeit der alten Flotte war gut, aber wenn solcher Haß zwischen Offizieren, Subalternoffizieren und Mannschaften bestehen konnte, so war es etwas faul. Und das kommt nun diese Emden-Nachricht! Es kommt nicht darauf an, ob die drei Leute betrunken waren, gewiß, sonst hätten sie ihre Zunge bewahrt, aber die internationale Gesinnung war da und bleibt da. Zu glauben, daß sie keine rote Fahne hielten; denn es war keine da; das rote Tischtuch genügt völlig für diesen Haß. Sicher ist, daß die Kommunisten verstanden haben, eine Keimzelle in die Emden zu legen. Woher hatten denn sonst die kommunistischen Blätter die erste Nachricht davon? Man muß annehmen, daß auf der Emden die Offiziere in anspruchsvoller Abgeschlossenheit wieder nicht gemerkt haben, was in ihrer nächsten Nähe vorgeht — die Sache ist eine hellhörnde Warnung: was soll eine nationale Flotte mit einem internationalen Geiß? — Bedenklicher ist noch folgende, auch vom Reichswehrministerium kaum abzubreitende Tatsache: der Kreuzer Emden hat keine Reile abgebrochen und ist gegen das ursprüngliche Programm noch vor Weihnachten in die Heimat zurückgekehrt, obwohl es sich um die gewöhnliche Ausbildungsreise der Seefahrerflotte handelt, die immer erst im Frühjahr ihre Ende findet. Die vorzeitige Rückkehr läßt darauf schließen, daß — vielleicht im Zusammenhang mit jener Neuterei — einem Wunsch der Besatzung nach Rückkehr noch vor dem Weihnachtsfest nachgegeben worden ist. Treiben wir in der Marine den Zuständen wieder zu, die 1918 zu Gehorsamsverweigerung vor dem Feinde führten?

Das schwerindustrielle Scharfmachertakt gibt damit indirekt zu, daß die Matrosen auf der Emden unmenschlich behandelt wurden. Dieses Einverständnis entspricht der Sorge um die imperialistische Kriegsstärke der Marine. Es ist ein Standal, daß jetzt noch 2 Matrosen der Emden im Gefängnis sitzen, während die schuldigen Offiziere unbeschäftigt bleiben. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingereicht, die die sofortige Freilassung der Matrosen und Verstrafung der verantwortlichen Offiziere verlangt. Sie wird den Kampf für die unterdrückten Matrosen gegen das militaristische System in der Reichsmarine weiter führen.

Vom Tage

Streik bei General Motors in Japan

Die japanischen Arbeiter der Automobilfabrik General Motors sind am Montag in den Streik getreten. Sie forderten Lohnerhöhungen und die Einführung des Achtstundentages.

Textilarbeiterstreik in Ostflandern

In Renix in der Provinz Ostflandern (Belgien) sind am Montag 7000 Textilarbeiter in den Streik getreten.

Polizei gegen Streikende

Die Polizei schritt gegen die Streikenden vor der Warenfabrik Kocema in Hartmannsdorf ein, die die Streikbrecher vom Betrieb fernhalten versuchten, und unterstützte durch ihre Gummiknüppel die Ausschleppungsbedrohungen der Textilarbeiter.

Höhere Mieten in Berlin

Am 1. April soll die Grundsteuer in Berlin um 5 Prozent erhöht werden, die restlos auf die Mieter abgewälzt werden und dadurch die Miete um 1 bis 2 Prozent erhöht wird. Berlin will so 25 Millionen aus den Mietern pressen.

Ein Prozeß „gegen“ jüdische Studenten

Am 10. Januar beginnt vor dem Schöffengericht Berlin-Witte ein Prozeß wegen der jüdischen Studentendemonstration am 28. Juni. Die Studenten hatten gegen die 50 Mark Geldstrafe Einspruch erhoben und werden jetzt völlig freigesprochen.

Hochverratprozeß gegen einen Berräter

Der ehemalige Reichsoffizier der Sowjetunion, Besjedowski betrog die Sowjetunion und flüchtete zur französischen Polizei um sich seiner Bestrafung zu entziehen. Am 8. Januar beginnt der Prozeß gegen den Berräter vor dem Tribunal des Proletariats der Sowjetunion. Besjedowski wird sich seiner Verantwortung vor dem Gericht entziehen.

Die Diskussion im Haag

Sanktionen / Reparation / Währung in Deutschland / Monopole / Diktatur des Finanzkapitals

Die Haager Verhandlungen konzentrierten sich nach anfänglicher Erledigung einiger formaler Fragen nunmehr auf jene Punkte, wo tatsächlich politische Gegensätze bestehen und demnach mit ernstlichen Auseinandersetzungen zu rechnen ist. Neben den beiden großen politischen Fraktionen der Sanktionen und der Reparation besteht eine Reihe finanzieller Differenzpunkte, die sich teils auf die Funktionen der Reparationsbank, teils auf das Recht Deutschlands zur Neuverpflichtung der bisher für die Darlehenlasten verantwortlichen, durch den Youngplan freigewordenen Einnahmequellen beziehen. Der letztere Punkt kann eine gewisse Bedeutung gewinnen, da die schwarzrotgoldene Regierung (mommt Hilferding bei den Bündelungen) ja bereits begonnen hat eine Politik der Umgestaltung verschiedener indirekter Steuern in verpfändbare Monopole betreibt und eventuell auch den Tabak in diese Politik einbeziehen will. Wichtiger ist eine Reihe von Differenzpunkten, die sich auf das deutsch-amerikanische Verhältnis beziehen: Neben den Fragen der Reparationsbank und den Besonderen der übrigen Gläubiger gegen das deutsch-amerikanische Reparationsabkommen bzw. seine Sonderbestimmungen gehören in diese Gruppe auch die Fragen der „Stabilität der deutschen Währung“. Das deutsch-amerikanische Abkommen bedeutet im Verhältnis zum Youngplan und der von ihm vorgegebenen Regelung der deutschen Beziehungen zu den übrigen Gläubigern eine gewisse Verrückung Deutschlands:

Es steht keine Mobilisierung der deutschen Zahlungen vor, erleichtert damit ihre spätere Revision, durch verschiedene Be-

immungen aber auch ihre zeitweise Stundung, die sich auf den Gesamtbeitrag der Schuld erstrecken kann. Endlich verzichtet Amerika in dem Abkommen ausdrücklich auf besondere Sanktionsrechte.

Das Bestreben der übrigen Gläubiger geht nun dahin, die formalen Beziehungen zwischen Youngplan und deutsch-amerikanischem Abkommen so zu gestalten, daß Deutschland von vornherein daran verhindert wird, eine Ausdehnung der deutsch-amerikanischen Abmachungen auf die Beziehungen zu den übrigen Gläubigern zu versuchen. Handelt es sich hier um — wenn auch wichtige — Fragen formaler Art, so hat die Frage der deutschen „Währungsstabilität“ unmittelbar politische Bedeutung:

Unter dem Vorwand, Sicherungen gegen eine Gefährdung ihrer Ansprüche durch eine neue Inflation zu verlangen, härten hier die Gläubigeremächte die Position des Herrn Schacht, der im Namen des deutschen Finanzkapitals und seiner Hinterleute, die Finanzdiktatur gegen die Arbeiterklasse organisiert.

Deutlicher kann der schwindelhafte Charakter der „nationalen“ Demagogie der Schacht und Konsorten nicht enthüllt werden: So wie sie — und ihr Agent Hilferding in der Regierung — leinereit den „Erstfeld“ angerufen haben, um die Diktatur des deutschen Finanzkapitals über die Reichsbahn international „garantieren“ zu bekommen, so bezeichnen sie sich auch gern der gleichen Hilfstruppen zur verstärkten Ausschleppung der arbeitenden Massen auf dem Wege der Finanzreform, die sie sich gerne vom Ausland „diktieren“ lassen.